

Kerstin Kassner

- (A) die Verluste bekommen haben, die sie hinnehmen mussten, als sie aus diesem Gebiet zwangsausgesiedelt wurden. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin, so wie viele im Petitionsausschuss, in diesen Ausschuss gegangen, weil ich gerne für die Bürger da sein möchte. Das ist die Hauptaufgabe des Petitionsausschusses, und es ist in dieser Situation in unserer Gesellschaft bitter nötig, dass wir direkt auf die Bürger zugehen,

(Beifall der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass wir uns um ihre Sorgen und Anliegen kümmern. Das haben auch die Koalitionäre erkannt. Es sollte laut Koalitionsvertrag eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit der Bürgerbeteiligung beschäftigt. Unser Präsident hat vorgeschlagen, einen Bürgerrat einzuführen. Aus alledem ist nicht wirklich etwas geworden. Alles steckt noch in den Kinderschuhen. Das muss dringend geändert werden, wenn wir wollen, dass sich die Situation – die Politikverdrossenheit, die mangelnde Teilnahme an Wahlen und auch die schlechte Meinung über uns Politiker – verändert. Wenn wir das wollen, dann müssen wir uns an die Arbeit machen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Aber wir haben da ja etwas. Wir haben das Original, und dieses Original ist unser Petitionsausschuss. Er steht in der Verfassung, und was wir daraus machen, liegt in der Hand von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Deshalb verstehe ich nicht, dass tatsächlich nur 3 Prozent der Petitionen in dieser Legislaturperiode an die Ministerien weitergeleitet wurden. Wissen Sie, warum das so ist? Weil sich die Vertreterinnen und Vertreter von SPD und/oder CDU/CSU einfach vor die Türen der Ministerien legen und sagen: Nein, wir wollen nicht, dass das weiterkommt. – Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass ihre Anliegen auch dorthin gehen, wo sie politisch verarbeitet werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist unsere Schuld und unsere Pflicht, die wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu erfüllen haben. Machen wir in der nächsten Legislaturperiode daraus wirklich etwas, was für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich in jedem Fall wirkt.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kerstin Kassner. – Nächste Rednerin: für Bündnis 90/Die Grünen Corinna Rüffer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Liebe Demokratinnen und Demokraten! Hochverehrte Präsidentin! Das ist der letzte Jahresbericht für diese Legislaturperiode, und das ist natürlich Anlass für Dank und für ein Resümee. Ich will mich dem Dank an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich anschließen. Das kann sich wirklich kein Mensch vorstellen, wie viel da geleistet wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN)

Ein Dank geht auch an tatsächlich alle Kolleginnen und Kollegen, die so viel Herzblut in unsere Arbeit gesteckt haben, insbesondere dafür, dass es so oft möglich gewesen ist, über die Fraktionsgrenzen hinweg Mehrheiten zu schaffen, die Anliegen von Bürgern über die Fraktionsgrenzen hinwegzuhieven. Ich muss sagen: Das hat mir am allermeisten Freude bereitet, wenn das zustande gekommen ist.

Das zeigt auch, dass der Petitionsausschuss ein ganz besonderer Ausschuss ist, der enorm starke Instrumente hat. Wir können Regierungsvertreter laden, wir können Akten einsehen, wir können Fachleute hinzuziehen, wir können ganz viele Dinge tun. Aber wir müssen diese Instrumente auch anwenden, damit wir in viel mehr Fällen zum Erfolg kommen. Ich sehe so viele Köpfe in diesem Ausschuss, die das wollen; aber manchmal hapert es noch an der Anwendung dieser Instrumente. Wir wollen doch Anwältinnen und Anwälte unserer Petenten sein. Genau das verlangen die Leute auch von uns, das ist deren Erwartung. Sie setzen ganz große Hoffnung in unsere Arbeit, sie kommen mit ihren persönlichsten Sorgen und Problemen und bitten um Unterstützung, weil sie sich im Behördenschlingel verirrt haben, weil bei der Formulierung von Gesetzen ihr Fall nicht vorgesehen wurde und Ähnliches. (D)

Manches Mal, wenn wir uns am Riemen reißen, wenn wir zusammenarbeiten, dann finden wir Lösungen für diese Probleme dieser Menschen, und die machen oftmals für ihr gesamtes Leben einen ganz elementaren Unterschied. Das sind die Momente, über die wir alle sagen können: Dafür lohnt sich die viele Arbeit in diesem Petitionsausschuss. Da ist Politik nicht abstrakt, sondern da ist Politik ganz konkret.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP])

Dieser Ausschuss kann Menschen aber nicht nur im Einzelfall helfen. Über diesen Ausschuss bekommen wir im besten Sinne des Wortes Bürgerinnen- und Bürgerrat. Die Bürgerinnen und Bürger kommen mit ihrer Weisheit zu uns, und die sollten wir aufnehmen. Das ist heute wichtiger als zuvor. Unsere Demokratie braucht Stärkung; denn es gibt eben dieses weitverbreitete Gefühl: Die Politik steht da oben und wir Menschen ganz unten, und unsere Anliegen werden von der Politik da oben gar nicht wahrgenommen. – Daran kann dieser Ausschuss tatsächlich richtig viel ändern. Heute werden hier im Parlament große Reden gehalten. Wir haben einmal

Corinna Rüffer

- (A) im Jahr pro Rednerin und Redner drei Minuten Zeit, um hier im Parlament über Petitionen zu reden. Das Parlament kann echt einmal daran arbeiten, die Wertschätzung auch im Tagesgeschäft irgendwie stärker zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, SPD und der FDP)

Aber außerhalb dieses Parlamentes hat dieser Ausschuss eine Wahnsinnsbedeutung. Das wird deutlich, wenn ich mir allein die Petition zur Pflege anschau. Hunderttausende von Menschen teilen dieses Anliegen und sagen: Wir wollen mit alten Menschen in diesem Land nicht länger so umgehen; wir brauchen eine echte Pflegereform, eine Reform in der Gesundheitspolitik; wir lassen es nicht mehr zu, dass behinderte Menschen und ihre Eltern stehen gelassen werden, allein im Behörden-dschungel.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin.

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da schauen richtig viele Menschen drauf. Deswegen brennen wir so darauf, dass alle Demokratinnen und Demokraten in der nächsten Legislaturperiode das wahr-machen, was heute von vielen gesagt wurde, und diesen Ausschuss einmal richtig stärken und zu einem echten Beteiligungsinstrument, zu einer Perle dieser Demokratie weiterentwickeln.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP und der Abg. Kerstin Kassner [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Corinna Rüffer. – Nächster Redner: für die SPD-Fraktion Stefan Schwartze.

(Beifall bei der SPD)

Stefan Schwartze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Petentinnen und Petenten! Mein Dank geht auch an die Vertreter auf der Regierungsbank. Ich glaube, fast alle, die da sitzen, haben wir schon in Berichterstattergesprächen im Ausschuss gesehen. Auch für diese Zusammenarbeit herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP])

Vorab möchte auch ich mich ganz herzlich beim Ausschussdienst und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Büros für die engagierte Arbeit bedanken; ohne sie wäre vieles nicht möglich.

Das Jahr 2020 war durch die Coronapandemie für die Arbeit des Ausschusses ein besonderes Jahr. Wir mussten sicherstellen, dass der Ausschuss handlungsfähig bleibt.

Dies ist uns gut gelungen, auch wenn der Ausschuss im Jahr 2020 nicht alle Instrumente nutzen konnte. Wir haben pandemiebedingt auf die Durchführung von Vor-Ort-Terminen verzichten müssen. Dabei lassen sich Beschwerden über Lärm, über Straßenbau, über Schienenbau am besten vor Ort klären.

Für die Zukunft gilt es, zu überlegen, ob das Format der Vor-Ort-Termine vereinfacht werden kann – mit einer reduzierten Personenzahl oder auch mit einem reduzierten Format. Ich freue mich, dass wir das in meinem Wahlkreis in Bünde jetzt ausprobieren.

Was die Coronapandemie auch unmöglich gemacht hat, war die Sammlung von Unterschriften auf Papier. Mit der Pandemie verschwanden die Sammelpetitionen. Sammelpetitionen erleichtern es den Petentinnen und Petenten aber, das hohe Quorum von 50 000 Mitzeichnungen und eine Anhörung im Petitionsausschuss zu erreichen.

Zum dritten Mal in Folge hat die Zahl der Eingaben an den Petitionsausschuss zugelegt. Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass es mehr Petitionen gibt. Politik braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die ihre Meinung, Vorschläge und Kritik äußern. Wir wollen gute Gesetze machen und Gesetze korrigieren, wenn dies notwendig ist. Dafür brauchen wir die Rückmeldungen aus dem Leben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Petitionsarbeit bedeutet aber nicht nur Aktenlektüre, sondern auch Gespräche mit Petentinnen und Petenten, Gespräche mit der Bundesregierung zu konkreten Anliegen oder Vor-Ort-Termine, oft auch das Bohren dicker Bretter.

Das Petitionsrecht muss moderner und transparenter werden. Wir brauchen endlich eine Petitions-App. Wir brauchen Verfahren, bei denen jederzeit für Petentinnen und Petenten nachvollziehbar ist, wie der Stand ihrer Petition gerade ist. Ich wünsche mir schnellere Verfahren, eine Absenkung des Quorums. Ich wünsche mir halbjährliche Debatten über unsere Arbeit, und eine Debatte über die Einführung eines Bürgerbeauftragten gehört auf die Tagesordnung des nächsten Bundestages.

(Beifall bei der SPD)

Was wir nicht brauchen, sind Schaufensteranträge, Schaufensteranträge der AfD, wie wir sie auch heute Morgen im Ausschuss hatten, oder eine Schaufensterrede wie eben von Ihnen, Herr Huber.

(René Springer [AfD]: Die war doch gut, die Rede!)

Schauen wir doch einmal, wie Sie Petitionen bearbeiten. Die Bilanz der AfD nach vier Jahren im Petitionsausschuss: keine Anträge auf Sachaufklärung, keine Anträge auf Berichterstattergespräche, keine Anträge auf Ladung von Regierungsvertretern in den Ausschuss, keine Anträge auf Vor-Ort-Termine – nicht ein Mal in vier Jahren eine Initiative von Ihnen. Kein Wunder! Das ist ja auch